

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/01/2011

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 08.02.2011,
Ahrensburg, Jugendzentrum "42", An der Reitbahn 2

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Petra Wilmer

Stadtverordnete

Frau Carola Behr i. V. f. Frau Levenhagen
Frau Doris Brandt
Frau Marion Clasen beratend
Frau Nina Holers
Herr Bela Randschau
Frau Karen Schmick
Frau Martina Strunk

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig
Herr Werner Segelken-Voigt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Johannes Jolitz Kinder- und Jugendbeirat
Frau Janica Lamprecht Kinder- und Jugendbeirat
Herr Christof Schneider Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Hanno Krause FBL III
Frau Gabriele Fricke Gleichstellungsbeauftragte
Herr Achim Keizer FDL IV.4
Stephanie Sternberg FD IV.4 - ZGW
Frau Cornelia Beckmann Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nadine Levenhagen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 09.12.2010
5. Vorstellung der Arbeit des Jugendzentrums "42"
6. Planung und Bau einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule **2011/017**
7. Vereinbarung gemäß § 25 in Verbindung mit § 30 Kindertagesstättengesetz (KiTaG S-H) zur Finanzierung des Betriebes einer Großtagespflegestelle **2011/018**
8. Verschiedenes
 - 8.1. Übersicht der Elternbeiträge im Umland
 - 8.2. Interkultureller Gesprächskreis
9. Kenntnisnahmen
 - 9.1 Reduzierung der Kreisförderung
 - 9.2 Neue Sätze in der Tagespflege
 - 9.3 Änderungen auf Landesebene
 - 9.4 Bildungspaket des Bundes
 - 9.5 Betreuungsplätze 2011
 - 9.6 Ahrensburger Tafel e. V.
 - 9.7 Schreiben der Bürgervorsteherin der Gemeinde Ammersbek
 - 9.8 Pflegestützpunkte in Stormarn
 - 9.9 Netzwerk "trotz Alter"
 - 9.10 Vertrag Peter-Rantzau-Haus
 - 9.11 Landeszuschüsse für U 3-Förderung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Hausmann bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Warteliste der Kinder, die eine Betreuung suchen
2. Wann bzw. welche Erhöhung ist für die Beiträge ab Sommer 2011 vorgesehen?
3. Im Stadtteil Hagen gibt es einen Spielplatz auf der Gelände der Grundschule Am Hagen. Dieser kann nur zu bestimmten Zeiten genutzt werden. Warum?
4. Warum wurde der Bau der Sporthalle an der Grundschule Am Hagen nicht beschlossen?

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Punkte 3 und 4 nicht Angelegenheit des Sozialausschusses seien.

Zu 1. teilt die Verwaltung mit, dass bereits im November wie auch Dezember 2010 die aktuellen Wartelistenzahlen bekanntgegeben wurden. Im Krippenbereich stehen ca. 100 Kinder auf der Warteliste. Dies trifft ebenfalls für den Elementarbereich zu und im Hortbereich fehlen an jeder Grundschule ca. eine Gruppe.

Zu 2. teilt die Verwaltung mit, dass – wie jedes Jahr beabsichtigt ist – spätestens im Mai, ggf. auch bereits schon im April, da die Osterferien nicht in den Sitzungstermin des Sozialausschusses fallen, die Abrechnungsergebnisse vorzustellen. Zurzeit kann hier keine Aussage getroffen werden.

Der Verein „Frauen helfen Frauen“ e. V. ist Trägerverein vom Frauenhaus Ahrensburg. **Frau Dünnes**, Mitglied im Vorstand des Frauenhauses, **Frau Rattmann**, Mitarbeiterin im Frauenhaus Ahrensburg und **Frau Greis**, Mitarbeiterin im Verein „Frauen helfen Frauen“, teilen mit, dass das Land Schleswig-Holstein für die Förderung des Frauenhauses Ahrensburg eine Festbetragsförderung von 2012 bis 2019 festgelegt hat. Es erfolgt keine Anpassung an evtl. Teuerungsraten. Frau Dünnes erklärt, dass sie beabsichtigen, das Frauenhaus Ahrensburg fortzuführen, bitten aber die Stadt Ahrensburg um Unterstützung. Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sich der Ausschuss bereits wohlwollend für die Erhaltung des Frauenhauses Ahrensburg ausgesprochen hat.

Die Verwaltung erklärt, dass es eine schriftliche Absichtserklärung der Stadt Ahrensburg an das Land Schleswig-Holstein geben wird.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird – wie bekanntgegeben – genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2010 vom 09.12.2010

Die Niederschrift ist genehmigt.

5. Vorstellung der Arbeit des Jugendzentrums "42"

Herr John Simon, 1. Vorsitzender der Juki, stellt sich und einige seiner Mitstreiter kurz vor. Die Hauptziele der Jugendkulturinitiative werden auf Musik und Kultur gelegt. Bei der Kultur hapert es. Einige Veranstaltungen, unter anderem Zeitzeugengespräche, Flohmärkte etc., werden als Betätigungsfeld genannt. Dienstags hat das Cafe geöffnet und es werden Filme gezeigt. Donnerstags findet ein Kneipenabend statt und samstags die Konzerte mit jungen Bands oder Abi-Jahrgänge. Im Keller existieren 2 Probenräume, die jungen Bands kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese können allerdings aufgrund von baulichen Mängeln zurzeit nicht benutzt werden. Der Ausschuss beschließt sich die Übungsräume nach der Sitzung anzuschauen und beauftragt die Verwaltung sich um das Problem zu kümmern.

Auf die Nachfrage zur Erneuerung des Fußbodens teilt Herr Simon mit, dass es schön wäre, eine Versiegelung zu erhalten. Weiter wird bestätigt, dass ein Nachwuchsproblem besteht.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Juki mit dem Ehrenamtspreis 2010 ausgezeichnet wurde.

Im Anschluss der Sitzung findet die Besichtigung der Einrichtung statt.

6. Planung und Bau einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule

Frau Sternberg vom FD Zentrale Gebäudewirtschaft stellt die Ergebnisse der Planungen kurz vor. Es wird weiter mitgeteilt, dass aufgrund der Kürze der Zeit keine Grundlagenermittlung (z. B. Bodenuntersuchungen, Abmessungen etc.) bisher erfolgt sind.

Die Verwaltung stellt noch einmal deutlich dar, dass es sich um eine erste reine Grobplanung handelt. Gerade im Hinblick auf die Zuschussgeber, das so genannte Windhundverfahren, folgt die Feinplanung nach Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung. Veränderungen, ggf. Entscheidungen werden dem Sozialausschuss vorgestellt. Um den zukünftigen Träger bei der weiteren Feinabstimmung beteiligen zu können, soll die beschränkte Ausschreibung als bald nach der Bereitstellung der Verpflichtungsermächtigung (1. Nachtragshaushalt) erfolgen.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass bei einer beschränkten Ausschreibung bis zur Vergabe ca. 4 Monate benötigt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, in den Sitzungen vor der Sommerpause die entsprechenden Verdingungsunterlagen zur Trägerschaftsvergabe auszuarbeiten und vorzulegen. Sobald die finanziellen und gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen erfüllt sind, sollen der öffentliche Teilnahmewettbewerb und die Aufforderung zur Angebotsabgabe fertig vorliegen.

Die Verwaltung macht weiter deutlich, dass der geplante Baukörper sich der städtebaulichen Ausrichtung in diesem Gebiet anpassen muss.

Nach weiterer Diskussion wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltung

7. Vereinbarung gemäß § 25 in Verbindung mit § 30 Kindertagesstättengesetz (KiTaG S-H) zur Finanzierung des Betriebes einer Großtagespflegestelle

Die Verwaltung stellt die Vorlage vor und teilt dem Ausschuss mit, dass sich 2 Bewerber auf den öffentlichen Teilnahmewettbewerb beworben haben. Es handelt sich um die Träger Deutsches Rotes Kreuz und die Lebenshilfe Stormarn gGmbH. Die Vergabe der Trägerschaft wird der Ausschuss, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, aufgrund der vorgelegten Konzepte und Kostenschätzungen vornehmen.

Frau Holers beantragt, in der Finanzierungsvereinbarung die Nr. 5 Abs. 4 wie folgt zu ändern: *Der Träger verpflichtet sich, die laufenden Betriebskosten durch eine wirtschaftliche, ressourcenschonende, umweltschonende und sparsame Betriebsführung so niedrig wie möglich zu halten.*

Der Ausschuss stellt klar, dass die Großtagespflegestelle Kinder im Alter bis zum 3. Lebensjahr grundsätzlich betreuen soll. Sofern das Kind nicht mit dem 3. Geburtstag in eine Kindertageseinrichtung wechseln kann, soll das Kind in der Großtagespflegestelle verbleiben können.

Die Verwaltung macht deutlich, dass es ebenfalls so gesehen wird, denn in der Finanzierungsvereinbarung unter Nr. 5 Ziff. 8 2. Absatz ist geregelt, dass die Eltern entsprechend in den Einrichtungen, sofern das Kind das 3. Lebensjahr vollendet hat, auch einen anderen Elternbeitrag leistet. Das zeigt, dass es auch möglich ist, Kinder über dem 3. Lebensjahr zu betreuen.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. Verschiedenes

8.1 Übersicht der Elternbeiträge im Umland

Die Verwaltung wird gebeten, dem Protokoll eine Liste beizufügen, aus der ersichtlich ist, wie die Berechnung der Höhe der Elternbeiträge und die tatsächliche Höhe der Elternbeiträge aus den umliegenden Kommunen Bargtheide, Trittau, Ammersbek, Großhansdorf sich darstellen **(Anlage)**.

8.2 Interkultureller Gesprächskreis

Auf Nachfrage teilt Herr Krause mit, dass es aufgrund einer Initiative des Netzwerkes Integration und Migration einen runden Tisch für Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ahrensburg gibt. Die erste Sitzung fand im Januar mit ca. 40 Teilnehmern statt. Das entsprechende Protokoll des interkulturellen Gesprächskreises wird diesem Protokoll beigelegt **(Anlage)**. Wesentlicher Hintergrund ist die Förderung der Kooperation der Partner der Integration mit dem Ziel, Problemlagen aufzunehmen, zu diskutieren und Lösungen zu finden.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Reduzierung der Kreisförderung

Die Verwaltung teilt mit, dass zum 01.08.2011 die bisherige Betriebskostenförderung des Kreises in Höhe von 4,5 % auf 3,5 % der pädagogisch anerkannten Personalkosten reduziert wird.

9.2 Neue Sätze in der Tagespflege

Die Verwaltung teilt mit, dass der Kreis Stormarn zum 01.08.2011 neue anerkannte Sätze in der Tagespflege beschlossen hat. Des Weiteren wird bereits der Kreis Stormarn die Förderung der Tagespflege zum 01.04.2011 umstellen in der Gestalt, dass der Kreis Stormarn die vollen Betreuungskosten an die Tagesmütter und -väter zahlt und sich ggf. die Elternbeiträge von den jeweiligen Eltern zurückholt. Die entsprechende Richtlinie liegt dem Protokoll bei **(Anlage)**.

9.3. Änderungen auf Landesebene

Die Verwaltung gibt bekannt, dass es einen Erlassentwurf des Landes Schleswig-Holstein gibt, die bisherige Personalkostenförderung der Kindertageseinrichtungen auf eine Subjektförderung (pro Platz) umzustellen. Es gibt einen Grundbetrag und dazu weitere Zuschläge. Der entsprechende Gesetzesentwurf liegt diesem Protokoll bei (**Anlage**).

Sobald es Entscheidungen gibt, wird der Sozialausschuss selbstverständlich unterrichtet.

Der Städteverband teilt mit, dass das Ministerium für Bildung und Kultur nach der Beendigung der Gespräche auf der Arbeitsebene, da diese nicht erfolgreich waren, damit begonnen hat, den entsprechenden Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Ob dann diese Änderung zum 01.08.2011 erfolgen soll, bleibt abzuwarten.

Der Sozialausschuss wird bei neuen Erkenntnissen informiert.

9.4 Bildungspaket des Bundes

Die Verwaltung berichtet, dass zurzeit auf Bundesebene noch keine Einigung über das so genannte Bildungspaket besteht. Ob und wie bleibt zunächst abzuwarten. Im Bildungspaket ist die Teilnahme am Mittagessen in Kindertageseinrichtungen geregelt. In welcher Form, wie hoch, wer welche Zahlungen und Abrechnungen vornimmt, ist ungeklärt.

Sobald es auch hier neue Erkenntnisse gibt, werden sie dem Sozialausschuss vorgestellt.

9.5 Betreuungsplätze 2011

Die Verwaltung teilt erneut mit, dass der Bedarf an Krippenplätzen sowieso, aber auch an Elementarplätzen zum Sommer 2011 enorm angestiegen ist. Auf der letzten Ausschusssitzung wurde dieses bereits zur Kenntnis gegeben und die Verwaltung wurde gebeten, Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Dies wird die Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung tun.

Der enorme Anstieg der Betreuung ist durchaus durch Zuzüge von Familien mit Kindern im Elementarbereich gegeben. Bisher haben sich die Zu- und Wegzüge der Kinder im Betreuungsalter bei allen Planungen ausgeglichen. Im letzten Jahreszeitraum gab es 42 Wegzüge und 70 Zuzüge von Kindern im rechtsanspruchsfähigen Alter. Das sind 30 Kinder (1,5 Gruppen) mehr, die unversorgt sind. Zudem liegen uns 22 Anmeldungen von Ü 3 Kindern vor, die erst später zuziehen und daher zu der obigen Zahl noch hinzukommen.

9.6 Ahrensburger Tafel e. V.

Wie im letzten Sozialausschuss bekanntgegeben, hat die Ahrensburger Tafel e. V. darum gebeten zu prüfen, ob eine Möglichkeit einer neuen Ausgabestelle/Verteilungslager in den bisherigen Räumen des Technischen Hilfswerkes auf dem Gelände der Freiwilligen Feuerwehr möglich wäre.

Zwischenzeitlich wurde die Anfrage verwaltungsseitig bearbeitet. Die Ergebnisse liegen dem Protokoll als **Anlage** bei.

9.7 Schreiben der Bürgervorsteherin der Gemeinde Ammersbek

Die Verwaltung teilt mit, dass die Bürgervorsteherin der Gemeinde Ammersbek um Hilfe bittet mit dem Ziel, bei Übertragung von Aufgaben einen finanziellen Ausgleich einzufordern. Diese Anfrage wurde bereits im Hauptausschuss am 17.01.2011 behandelt. Der Ausschuss erklärt, dass eine Beratung im Hauptausschuss (und nicht jeder Ausschuss einzeln) ausreichend ist.

9.8 Pflegestützpunkte in Stormarn

Die Gemeinde Großhansdorf teilt mit, dass die Installation eines Pflegestützpunktes im Kreis Stormarn in der Vergangenheit immer wieder Thema war. Der Bürgermeister bat um eine Stellungnahme, ob Pflegestützpunkte im Kreis Stormarn (Ahrensburg) als notwendig erachtet werden. Die Anfrage sowie das Antwortschreiben liegen dem Protokoll als **Anlagen** bei.

9.9 Netzwerk "trotz Alter"

Bereits in verschiedenen Sozialausschusssitzungen wurde über die Arbeit des Netzwerkes berichtet. Die Teilnehmer des Netzwerkes wollen ihr Arbeiten und Wirken verbindlicher und handlungsfähiger gestalten und haben eine Rahmenvereinbarung und eine Geschäftsordnung erarbeitet.

Jeder, der Mitglied werden möchte und die Arbeit aktiv mit gestalten will, muss diese Vereinbarung anerkennen und unterzeichnen. Eine Mitarbeit eines Ausschussmitgliedes ist möglich. Der Ausschuss erklärt sich mit der Übernahme dieser Aufgaben durch Frau Janke (FD III.1) einverstanden.

9.10 Vertrag Peter-Rantzau-Haus

Die Verwaltung teilt mit, dass am 01.12.2010 der Neubau schlüsselfertig von der Baufirma Theo Urbach GmbH übergeben wurde. Am 22.12.2010 fand die Vertragsunterzeichnung im Rathaus statt und am 17.01.2011 hat die Bürgerbegegnungsstätte den offiziellen Betrieb aufgenommen. Die Einweihung findet am 17.02.2011 statt.

9.11 Landeszuschüsse für U 3-Förderung

Die Verwaltung teilt mit, dass bislang die Fördergelder durch das so genannte Windhundverfahren im Kreis Stormarn verteilt wurden. Die Stadt Ahrensburg hat den Kreis Stormarn gebeten, für die neuen Fördergelder ein neues Verteilungssystem anzuerkennen, da alle Gemeinden gleichermaßen von der Erfüllung des Rechtsanspruchs betroffen sind. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Petra Wilmer
Vorsitzende

Cornelia Beckmann
Protokollführerin